



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildungsfinanzierung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei dem geplanten Treffen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin zur Bildungsfinanzierung am 16. Dezember 2009 dafür einzusetzen, die auf dem Qualifizierungsgipfel 2008 vereinbarte Erhöhung der bundesweiten öffentlichen Ausgaben für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis 2015 umzusetzen.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung weiterhin, sich bei dem Treffen am 16. Dezember 2009 grundsätzlich dafür einzusetzen, dass in den Bereichen Bildung und Forschung substantielle Mittel fließen. Der Landtag distanziert sich von „statistischen Schönrechnereien“ der Finanzminister, z. B dem Sachverhalt, dass die Ausgaben für Pensionszahlungen an Lehrkräfte im Ruhestand in die Bildungsausgaben eingerechnet werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung ergänzend auf, die so genannte "Demographische Rendite", die sich aufgrund der sinkenden Schülerzahlen ergibt, in Schleswig-Holstein komplett im Bildungssystem zu behalten und bis Februar 2010 ein Konzept vorzulegen, wie dadurch Qualitätsverbesserungen im Bereich Kindertagesbetreuung, Schule und Hochschule erreicht werden können.

Begründung:

Ein Jahr nach dem mageren Ergebnis des Bildungsgipfels 2008 ist klar: Die Bildungsrepublik liegt in weiter Ferne. Die Ministerpräsidenten haben - anders als

vor einem Jahr beschlossen - auf der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 28. 30. Oktober 2009 nicht entschieden, wie die vereinbarte Ausgabensteigerung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Bildung und Forschung bis 2015 tatsächlich erreicht werden kann. Stattdessen haben die Ministerpräsidenten schlicht einen Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig plant die neue Bundesregierung umfassende Steuersenkungen und entzieht der "Bildungsrepublik" und dem nötigen Engagement der Länder damit die finanzielle Grundlage.

Die Finanzminister haben im Vorfeld der MPK ein Papier vorgelegt und die Bildungsausgaben durch Einbeziehung von Lehrerpensionen schön gerechnet und vertreten die Meinung, dass formulierte 10-Prozent-Ziel sei bereits erreicht. Dabei hatte die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin 2008 auf dem Qualifizierungsgipfel noch das Ziel geent, systematisch mehr Geld für Forschung und Bildung ausgeben zu wollen.

Gegenwärtig liegen die deutschen Bildungsausgaben (4,6% von BIP) deutlich unter dem Durchschnitt aller OECD-Staaten (5,4%). Länder wie Dänemark (8,4%), Schweden (7,4%) oder Norwegen (7,6%) haben hier schon die Weichen richtig gestellt. Der Qualifizierungsgipfel hatte eine Steigerung auf sieben Prozent alleine für den Bildungsbereich vereinbart. Die zusätzlichen drei Prozent zur Zielmarke zehn sollten für den Bereich Forschung ausgegeben werden.

Auch die Kultusminister haben sich bislang nicht mit Ruhm bekleckert. Sie ließen das letzte Jahr schlicht ungenutzt, um einen Fahrplan mit konkreten Maßnahmen und dazugehörigem Finanzvolumen für die vereinbarten Ausgabensteigerungen und Qualitätsverbesserungen vorzulegen. Wir setzen auf die neue Kraft in der Landesregierung und hoffen, dass insbesondere der neue Bildungsminister dem Ziel nach einer besseren Ausstattung von Schulen und Hochschulen Schwung gibt.

Die "Vertagung der Bildungsrepublik" auf Dezember ist bitter genug. Vielleicht verhilft diese Warteschleife dazu, dass Ende diesen Jahres aus den großen Worten von 2008 Ende doch noch konkrete finanzielle Zusagen für Bildung und Forschung werden.

Im Einzelnen:

1. Zur Finanzierung gesteigener Bildungsausgaben stehen ab 2010 überschüssige Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zur Verfügung. Damit kann ein „Bildungssoli“ finanziert werden. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag übersteigen die konkreten Ausgaben des Bundes für den Solidarpakt bis 2019, denn die Mittel an die ostdeutschen Bundesländer werden bis 2019 degressiv abgeschmolzen. Zur Zeit fließen die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag alleine dem Bund zu. Dieser könnte auf einen Teil dieser Überschüsse verzichten. Hierfür stehen nach Abzug der Altschuldenhilfe für die besonders finanzschwachen Länder ab 2010 Mittel in Höhe von 23 Mrd. Euro bis 2019 zur Verfügung.

Dies wäre ein Anfang und könnte ohne weiteres in die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur fließen. Im Jahr 2008 beliefen sich die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag auf 13,1 Mrd. Euro - der „Bildungssoli“ würde demnach zu einer struktu-

rellen Verbesserung im Bereich Bildung in Höhe von mehr als 10 Mrd. Euro beitragen. Dies wäre zumindest die Hälfte der benötigten Mittel.

2. In Schleswig-Holstein wird der Schülerrückgang bis 2020 rund 20 Prozent betragen. Pauschal gerechnet, könnte damit jede fünfte Lehrerstelle entfallen. Dies ist die Möglichkeit, frei werdende Mittel im gesamten Bildungssystem zu belassen und eine systematische Qualitätsverbesserung zu erreichen.

3. Die Finanzminister haben in ihrem Papier zur Vorbereitung der MPK Ende Oktober sowohl die Versorgungslasten als auch Vergünstigungen im Bereich des Kindergeldes mit veranschlagt – „statistische Schönrechnereien“ sind aber fehl am Platz. Zudem wird in der Bundesregierung gerade über Steuersenkungen beraten. Das ist - auch mit Blick auf den Qualifizierungsgipfel - kontraproduktiv. Dies kann nicht zum Schließen der Finanzierungslücke im Bildungsbereich führen. Bisher scheint der Zielkonflikt aus Schuldenbremse, Steuersenkungsvorhaben und dem Ziel des Qualifizierungsgipfels von Seiten der Bundesregierung nicht durchdrungen worden zu sein.

Anke Erdmann
und Fraktion